vinetur

EU-Parlamentsausschuss beschränkt Alkoholsprache auf schädlichen Konsum

Die Verschiebung könnte den Druck auf Weinproduzenten mindern, indem Brüssel zu gezielten Schutzmaßnahmen für Minderjährige statt zu pauschalen Beschränkungen gelenkt wird.

Montag, 28. September 2026



Der Ausschuss für öffentliche Gesundheit des Europäischen Parlaments hat in seiner Arbeit im Zusammenhang mit dem Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung einen engeren Ansatz bei der Alkoholsprache gewählt – ein Schritt, der den Druck auf den Weinsektor mindern könnte, während Brüssel weiter über Gesundheitspolitik sowie Regeln für Kennzeichnung und Vermarktung debattiert.

Laut der italienischen Publikation Gambero Rosso hielt der Ausschuss an einer Formulierung fest, die sich auf den „schädlichen“ Alkoholkonsum konzentriert, statt Alkoholkonsum im Allgemeinen als schädlich zu behandeln. Diese Unterscheidung ist zentral in der seit Langem geführten europäischen Debatte darüber, wie Alkohol in der Gesundheitspolitik behandelt werden sollte. Eine auf schädlichen Gebrauch ausgerichtete Sprache unterstützt einen gezielteren Ansatz, der auf Missbrauch und Risikoverhalten zielt. Eine weiter gefasste Formulierung kann den Weg für strengere und allgemeinere Beschränkungen bei Werbung, Verpackung und Gesundheitsbotschaften im gesamten Getränkemarkt öffnen.

Gambero Rosso berichtete, dass die Position des Ausschusses auch die Fortschritte des Weinsektors bei der Verbraucherinformation anerkennt, einschließlich des Einsatzes digitaler Kennzeichnung. Dieser Punkt ist wichtig, weil Produzenten in mehreren EU-Ländern argumentiert haben, dass Technologie Gesundheits- und Produktinformationen liefern kann, ohne ein einheitliches Modell für physische Flaschenetiketten zu erzwingen. Gesundheitsorganisationen hingegen haben auf klarere und sichtbarere Warnhinweise auf Produkten mit Alkohol gedrängt.

Die gleiche Position des Ausschusses, wie Gambero Rosso sie beschreibt, knüpft mögliche Beschränkungen für die Vermarktung an den Schutz Minderjähriger, statt pauschale Grenzen zu befürworten. Praktisch könnte das zu einer wichtigen Leitlinie in künftigen politischen Diskussionen werden. Bleibt der Fokus auf der Ansprache Minderjähriger, könnten künftige Regeln für Wein, Bier und Spirituosen danach gestaltet werden, wo Produkte beworben werden, wer mit Werbung erreicht werden kann und welche Schutzmaßnahmen bei öffentlichen Veranstaltungen erforderlich sind. Das wäre besonders relevant für Messen, Kulturfestivals und Sponsoring an Orten, an denen Minderjährige anwesend sein könnten.

Die Frage reicht über den Wein hinaus. Jede EU-Unterscheidung zwischen schädlichem Trinken und Alkoholkonsum insgesamt kann beeinflussen, wie künftige Regeln für Brauereien, Brennereien und Importeure formuliert werden und wie nationale Regierungen die Linie des Blocks in der Präventionspolitik auslegen. Eine enger gefasste Formulierung könnte Raum für sektorspezifische Compliance-Maßnahmen wie Alterskontrollen, Informationsinstrumente und gezielte Werbebeschränkungen lassen. Eine weiter gefasste Formulierung könnte das Argument für breitere Warnhinweise und strengere Werberegeln für alkoholische Getränke stärken.

Der Europäische Plan zur Krebsbekämpfung war in den vergangenen Jahren einer der Haupttreiber dieser Debatte. Der Plan ist eine breite EU-Strategie mit den Schwerpunkten Prävention, Früherkennung, Behandlung und Leben nach der Erkrankung, doch die Alkoholpolitik wurde zu einem seiner politisch sensibelsten Teile. Weinbauländer und Branchenverbände haben wiederholt gegen Formulierungen protestiert, die ihrer Ansicht nach jeden legalen Konsum in dieselbe Kategorie wie missbräuchliches Trinken stellen. Gesundheitsorganisationen haben argumentiert, dass stärkere und klarere Warnhinweise nötig seien, weil Alkohol mit dem Krebsrisiko und anderen gesundheitlichen Schäden in Verbindung gebracht wird.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Formulierung des Ausschusses als positives Signal für Weinproduzenten gelesen werden, auch wenn sie den Druck auf den Sektor nicht vollständig beseitigt. Der Ausschuss hat die Gesundheitsdimension der Debatte nicht gestrichen. Stattdessen zog er, dem von Gambero Rosso veröffentlichten Bericht zufolge, eine Linie zwischen schädlichem Konsum und Alkoholkonsum im Allgemeinen und erkannte zugleich die Schritte an, die die Weinbranche bei Information und digitalen Werkzeugen unternommen hat.

Dieses Gleichgewicht erklärt womöglich, warum die Entwicklung in der Getränkebranche so aufmerksam verfolgt wird. Unternehmen im gesamten Sektor versuchen abzuschätzen, ob Brüssel zu verpflichtenden Warnsystemen, strengeren Sponsoring-Beschränkungen oder neuen Standards für E-Commerce und Online-Produktinformationen übergehen wird. Selbst wenn Ausschusstexte kein endgültiges Recht sind, können sie die politische Sprache prägen, die später in Entschließungen, Empfehlungen und Gesetzgebungsvorschlägen auftaucht.

Für Weinproduzenten ist die Formulierung besonders wichtig, weil Wein in Europa oft im Zentrum einer komplexeren politischen Debatte steht als andere alkoholische Produkte. In mehreren Mitgliedstaaten wird er nicht nur als Handelsprodukt, sondern auch als Teil von Landwirtschaft, regionaler Identität und Esskultur betrachtet. Das schützt ihn nicht vor Gesundheitsregulierung, bedeutet aber, dass der von EU-Institutionen verwendete Rahmen weitreichende Folgen für Erzeuger, Abfüller, Branchenverbände und Exportstrategien haben kann.

Der Verweis auf digitale Kennzeichnung ist auch für Produzenten bedeutsam, die den Anforderungen an Verbraucherinformationen gerecht werden wollen, ohne die gesamte physische Verpackung für jeden Markt neu zu gestalten. QR-Codes und andere digitale Werkzeuge werden von einem großen Teil der Branche als Mittel vorgestellt, um Zutaten, Nährwertangaben und Gesundheitshinweise in mehreren Sprachen offenzulegen. Kritiker haben eingewandt, dass digitale Systeme weniger sichtbar sein könnten als Warnhinweise auf der Verpackung. Die vom Ausschuss offenbar anerkannte Würdigung dieser Bemühungen deutet darauf hin, dass solche Instrumente vorerst Teil der EU-Debatte bleiben, statt pauschal verworfen zu werden.

Jede unmittelbare regulatorische Änderung würde dennoch weitere Schritte der EU-Institutionen erfordern. Die Sprache des Ausschusses kann die Richtung der Debatte beeinflussen, legt den endgültigen Rechtsrahmen für Alkoholkennzeichnung oder -werbung aber nicht allein fest. Dennoch dürfte das jüngste Signal vonseiten des Parlaments im Bereich öffentliche Gesundheit von Erzeugern, Händlern und Gesundheitsgruppen genau beobachtet werden, während sie sich auf die nächste Phase der Auseinandersetzung darüber vorbereiten, wie Europa alkoholische Getränke regulieren sollte und wie weit künftige Beschränkungen gehen sollten, wenn Minderjährige bei öffentlich zugänglichen Veranstaltungen und in Marketingumfeldern präsent sind.